

Kurze Zusammenfassung und Kritik des Wahlprogramms 2005 von Bündnis90/Die Grünen: „Eines für alle“¹

von
Egbert Scheunemann

Stand: 29. August 2005

Prolog

Fairness und – Welch' inzwischen altmodischer Begriff – politische Korrektheit gebieten es, meinen eigenen politischen Background kurz zu offenbaren: Ich habe als Politologe lange Jahre an einem Projekt mit dem Titel: „Ökologisch-humane Wirtschaftsdemokratie“² gearbeitet und auf theoretischer Ebene und mit den homöopathischen Einflussmöglichkeiten eines unbekanntem Sozialwissenschaftlers mit vorzubereiten versucht, was dann 1998 politische Realität wurde: ein Bündnis zwischen der großen alten sozialen Bewegung, der Arbeiterbewegung, und den neuen sozialen Bewegungen in Form der Koalition zwischen SPD und Bündnis90/Die Grünen als den parteipolitischen Armen dieser sozialen Bewegungen. Ich war nicht der einzige Zweckoptimist, ja womöglich Träumer, der glaubte, dass dieses Land mit dem Amtsantritt der rotgrünen Regierung etwas humaner, sozialer, demokratischer und ökologischer gestaltet werden würde. Nicht alle Hoffnungen wurden enttäuscht – vor allem in ökologischer oder auch bürgerrechtlicher Hinsicht sind einige nicht bestreitbare Fortschritte erzielt worden. Aber das alles andere weit überragende Ergebnis rotgrüner Politik lautet „Agenda 2010“ und hatte und hat den größten Abbau sozialer Leistungen und die größte Umverteilung von unten nach oben in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zum Inhalt. Fünf Millionen Arbeitslose und ein nie da gewesener Anstieg der Zahl von Millionären wie Obdachlosen – das sind die zentralen Ergebnisse von sieben Jahren rotgrüner Politik.

Dass die Grünen dieser asozialen Politik zugestimmt haben – und als ehemals pazifistische Partei par excellence auch noch dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien 1999 – , führte peu á peu dazu, dass sich viele ihrer ehemaligen Mitglieder und Sympathisanten (darunter ich) regelrecht angewidert von ihnen abwandten und entweder resignierten (Wahlenthaltung etc.) oder sich parteipolitisch neu gruppierten (WASG etc.).

Gleichwohl ist zweierlei festzuhalten: Die neuen sozialen Bewegungen (Öko-, Friedens-, Frauenbewegung etc.) und die aus diesen sich entwickelnde grüne Partei haben die Bundesrepublik Deutschland in den letzten drei Jahrzehnten grundlegend und im Sinne linker, sozialer, demokratischer, bürgerrechtlicher und ökologischer Fortschritte weit reichend verändert, trotz aller massiven politischen Rückschritte in letzter Zeit – Rückschritte, die in des Wortes direkter Bedeutung auch als REAKTION der Herrschenden auf diese Fortschritte interpretiert werden können.

¹ www.gruene-portal.de/userspace/gruene.de/PDFs/Wahlprogramm_2005.pdf

² Vgl. Egbert Scheunemann: Ökologisch-humane Wirtschaftsdemokratie. Teil C: Ökologische Kritik am Industrialismus und sozialökologische Alternativen, Lit Verlag Münster/Hamburg/London 1995, ISBN: 3-8258-2612-0, 831 Seiten.

Festzuhalten ist zudem und vorab, dass die grüne Programmatik – jenseits aller realpolitischen Abweichungen und Widerwärtigkeiten – hinsichtlich Systematik und Breite wie Tiefe ihrer analytischen Fundierung im Vergleich mit den Programmen anderer Parteien nach wie ihresgleichen sucht. Das zeigt sich allein schon am Umfang des grünen Wahlprogramms 2005. Es ist mit 120 Seiten doppelt bis dreimal so lang wie die Programme von SPD oder CDU.³ Quantität per se ist natürlich kein Maßstab für Qualität, aber die Komplexität der politischen Realität kann ohne eine gewisse Breite der Darstellung wie vor allem Tiefe der Analyse kaum befriedigend erfasst werden.

Trotz aller (gleich aufzuzeigenden) Verrenkungen, ihre realpolitischen Sündenfälle zu erklären, verständlich zu machen oder auch nur zu kaschieren – was man im grünen Wahlprogramm 2005 gerade zu jenen Politikbereichen liest, die schon immer die Kernbereiche grüner Politik waren (Umweltschutz, innovative Sozialpolitik, Geschlechterpolitik oder Bürgerrechte), hat größtenteils noch immer Vorbildcharakter. Man merkt dem grünen Programm an, dass es aus der Feder von Mitgliedern einer Partei stammt, deren Wähler- wie Mitgliederbasis – wie viele soziologische Studien und Untersuchungen der politologischen Parteienforschung gezeigt haben – vorrangig aus den formal höher bis höchstgebildeten Gesellschaftsschichten stammt. Aber eben nicht immer – wie ich im Folgenden aufzeigen möchte.

1. Eine Präambel, die zum unbeabsichtigten Eingeständnis eines Fiaskos gerät

Wie alle Fraktionen der großen realpolitischen neoliberalen Koalition aus CDU/CSU/FDP/SPD und Grünen behaupten auch die Grünen, die schon vollzogenen und noch anstehenden „notwendigen Veränderungen“ seien unumgänglich aufgrund der „Globalisierung“ der Weltwirtschaft und des Wandels der „Alterstruktur“ unserer Gesellschaft (S. 7). Die Grünen sprechen dabei an *nicht einer* Stelle ihres Wahlprogramms von der Generalüberschrift, unter der diese vermeintlich „notwendigen Veränderungen“ stattfanden – der „Agenda 2010“. Man scheint diesen Schmutz- und Begriff zu scheuen. Und auch von „Hartz IV“ erfahren wir nur, dass letztlich die CDU an allem schuld war: „Bei den Zuverdienstmöglichkeiten bei HARTZ IV standen CDU/CSU auf der Bremse. Die Zumutbarkeitsregelungen bei HARTZ IV wurden von CDU/CSU erzwungen.“ (S. 19 f.)⁴

Die Beschreibung dessen, was Globalisierung und wachsender Rentnerberg nach wie vor anrichten *trotz* der durchgeführten „notwendigen Veränderungen“, ist dann aber nur noch ein unfreiwilliges Eingeständnis eines politischen Fiaskos sondergleichen: „Die sozialen Sicherungssysteme erodieren auf Grund des Wandels von Wirtschaft und Altersstruktur. Wir erleben die zunehmende Ausgrenzung eines Teils der Gesellschaft. Die Arbeitswelt verändert sich dramatisch. Klassische Vollerwerbsarbeitsplätze brechen weg, Millionen sind arbeitslos und viele leben in unsicheren Arbeitsverhältnissen. Die öffentlichen Haushalte sind zudem dramatisch verschuldet und viele Kommunen stehen

³ Vgl. auch meine Kritiken an den Wahlprogrammen von CDU und SPD:

www.egbert-scheunemann.de/CDU-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf

www.egbert-scheunemann.de/SPD-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf

⁴ So ist verständlich, dass sich, um dies vorwegzunehmen, die Grünen zukünftig dem christdemokratischen Zangengriff heldenhaft entwinden möchten: „Deshalb wollen wir auch die Sanktionen, die jungen Menschen bei Ablehnung einer zumutbaren Arbeit nach der HARTZ-IV-Gesetzgebung drohen, entschärfen.“ (S. 42) Wohl gemerkt „entschärfen“ – nicht etwa abschaffen! Und nur für „junge Menschen“!

vor dem Bankrott.⁵ Diese Schwierigkeiten wollen wir offen ansprechen.“ (ebd.) Ja selbst die amtliche Feststellung, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, wird – grüne Haut, ehrliche Haut! – offen angesprochen: „Nach dem neuen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gehört den wohlhabendsten zehn Prozent der Deutschen inzwischen fast die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Die unteren zehn Prozent besitzen nichts mehr außer Schulden.“ (S. 8 f.) Etwas später wird sogar eine „zunehmende Verarmung bereits im Kindesalter“ konstatiert (S. 78 f.).

Dass die Sozialsysteme nicht quasi naturwüchsig „erodieren“, sondern von der rotgrünen Regierung *aktiv* in einem Ausmaß geschliffen wurden, wie es die Geschichte der BRD davor noch nicht gesehen hat; dass die Ausgrenzung eines Teils der Gesellschaft das Resultat der *bewusst* betriebenen rotgrünen Umverteilungspolitik von unten nach oben ist, die zwingend zu einer Zerstörung von Massenkaufkraft, Nachfrage, Absatz, Produktion und Beschäftigung führte (und also zum Anstieg der Zahl der Arbeitslosen, Armen und Obdachlosen); dass die Vernichtung von Vollerwerbsarbeitsplätzen auch ein Ergebnis der *erklärten* rotgrünen Forcierung prekärer Beschäftigung ist (Ein-Euro-Jobs, Mini-Jobs, Ich-AGs, Befristung von Arbeitsverträgen, Pseudoselbständigkeit etc.); und dass der finanzielle Bankrott vieler Kommunen oder die „dramatische“ Verschuldung der öffentlichen Haushalte die *systematisch herbeigeführte* Folge der rotgrünen Steuersenkungspolitik für Reiche und Unternehmen ist, die, wie offen eingestanden und gar als Erfolg verkauft wird, „spürbar entlastet“ wurden (S. 13 u. 21)⁶ – das wissen als denkfähige Wesen wahrscheinlich auch viele Grüne. Aber diese Erkenntnisse in ihr Programm schreiben, nein, das tun sie dann doch nicht. Sie könnten ja sonst ganz irre werden ob der katastrophalen Folgen ihres *aktiven* politischen Handelns jenseits aller vermeintlichen Zwänge durch Globalisierung und Rentnerberg.

Wir lesen vielmehr ganz unvermittelt: „Wir GRÜNE haben uns um neue gesellschaftliche Probleme und Schief lagen gekümmert und hartnäckig an ihrer Überwindung gearbeitet.“ (S. 9) Dass diese Art des Kümmerns und Arbeitens zu einem – selbst beschriebenen und damit selbst eingestandenen! – sozialen Desaster ohnegleichen geführt hat, hindert die Grünen dann nicht, uns anzudrohen, „den notwendigen Kurs der wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung weiterzugehen“ in Richtung „Mut zu mehr Freiheit und Verantwortung“, ja „Eigenverantwortung“ (S. 10). Gerne würde ich grüne Politiker dabei beobachten, wie sie ohne Polizeischutz Ein-Euro-Jobbern, die gerade im Park die Hinterlassenschaften von Waldi und Fiffi wegräumen müssen, oder Obdachlosen, die dortselbst in Gebüsch en hausen oder auf Bänken kauern, Mut zu mehr Freiheit und Eigenverantwortung anempfehlen!

Die Grünen haben, wie schon angemerkt, natürlich auch Positives zu berichten, ja sie stellen nicht ganz fern der Wahrheit fest: „Auf der Habenseite der rotgrünen Koalition stehen hauptsächlich GRÜNE Erfolge.“ (S. 8) Fortschritte seien etwa „beim Atomausstieg, in der Energiepolitik, beim Umwelt- und Klimaschutz..., beim Staatsbürger-

⁵ An anderer Stelle stellen die Grünen sogar einen „deutlichen Verfall kommunaler Infrastruktur“ fest (S. 45).

⁶ Gute dreißig Seiten nach der Lobpreisung der Steuersenkungen für Unternehmer und Spitzenverdiener schreiben die Grünen dann ganz unverhofft: „Die sinkenden Steuereinnahmen der vergangenen Jahre haben zu einem gravierenden Verfall kommunaler Finanzen geführt.“ (S. 45 f.) Und sie müssen auch feststellen, dass dieser Verfall öffentlicher Finanzen im Lande des rohstoffarmen Exportweltmeisters, der fast ausschließlich von seinem Humankapital lebt, einen ganz neuralgischen Punkt getroffen hat: „Im Vergleich mit anderen OECD-Staaten, insbesondere mit den skandinavischen Ländern, ist Deutschland insgesamt Schlusslicht bei der Anzahl der Studierenden.“ (S. 73)

schaftsrecht und der Migrationspolitik“ erzielt worden (ebd.). Warum sie an gleicher Stelle zu diesen Erfolgen auch „die Renten- und Sozialpolitik“ zählen – trotz wachsender Armut und vor allem auch Altersarmut und obwohl wir nur ein paar Seiten später lesen: „Es war ein Fehler, die Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialpolitik in den letzten Jahren zu stark der SPD zu überlassen, die hier eine Kernkompetenz beansprucht, aber vielfach nicht einlöst.“ (S. 15) – , das begreife, wer will.

Unbegreiflich ist dann auch, warum die Grünen behaupten, dass die „Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe... ein richtiger, wenn auch ungenügender Schritt in Richtung einer sozialen Grundsicherung“ war (S. 13) Denn ob dieser Einschätzung ein Facharbeiter zustimmen wird, der bislang 1200 Euro Arbeitslosenhilfe bekam, aber seit dem 1. Januar 2005 nur noch 345 Euro (plus Miete) bekommt? Ich würde einem solchen Facharbeiter auch nicht erzählen, dass es „oftmals mehr um qualifizierte Unterstützung als um finanzielle Transfers“ geht (S. 42). Zumindest zwanzig Seiten später stellen die Grünen dann etwas reumütig fest, „dass viele durch die Reform schlechter gestellt wurden“, und kündigen verschiedene Verbesserungen an, etwa höhere Regelsätze im Falle von ALG-II oder längere Bezugszeiten von ALG-I (S. 33).

Nahezu unfassbar erscheint schließlich, dass DIE ehemals pazifistische Partei Deutschlands auch noch die rotgrüne „Außen- und Friedenspolitik“ als Erfolg verbuchen möchte (S. 8)! Die völkerrechtswidrige Bombardierung Jugoslawiens oder der Umstand, dass ‚deutsche Interessen‘ inzwischen am Hindukusch und weltweit ‚verteidigt‘ werden – das sind also Erfolge rotgrüner, ehemals pazifistischer Politik! Man lernt nie aus!

Schließen wir die Kommentierung der grünen Selbsteinschätzung realer oder vermeintlicher Erfolge mit einem Zitat ab, das wohl in die Geschichte politischer Programmatik und Bündnisstrategie wie jene der deutschen Sozialdemokratie bleibend Eingang finden wird: „In der Innenpolitik mussten wir vielfach dafür sorgen, dass Otto Schily die CDU/CSU nicht rechts überholte.“ (S. 14) Wo sie recht haben, haben sie recht!

2. Programmatische Forderungen in den einzelnen Politikfeldern

Schon in der Präambel des grünen Wahlprogramms 2005 steht zu lesen: „Wir treten ein für eine Senkung der Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich, um so Beschäftigung in den neuen Dienstleistungsfeldern zu schaffen. Für diese Beitragsentlastung wollen wir überflüssige Subventionen streichen sowie Spitzeneinkommen und Konzerngewinne stärker einbeziehen. Wir wollen die solidarische Bürgerversicherung, die soziale Grundsicherung und Mindestlohnregelungen einführen, eine europäische Sozialordnung entwickeln und einen entschlossenen Kampf gegen Steuerflucht und –hinterziehung führen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Mit neuer Energie wollen wir weitere hunderttausende neue Arbeitsplätze im Umweltsektor schaffen und uns für den Schutz der Natur einzusetzen. Und wir kämpfen für eine Verkehrspolitik, in der Autofahren ökologischer und Bahnfahren billiger und attraktiver wird.“ (S. 16)

Was können wohlmeinende und vernünftig denkende Menschen gegen eine solche Politik haben? Die Grünen sind im Bereich Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik (S. 21-50) für eine systematische, Ressourcen wie Kosten sparende Integration von Umwelt- und Wirtschaftspolitik, für Arbeitszeitverkürzung, die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen, für eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögens- und die Anhebung der Erbschaftssteuer oder auch für die verstärkte Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsprozess – und sogar an die Einbeziehung von Prostituierten in den regulären Arbeitsmarkt durch Verwandlung ih-

rer Tätigkeit in „sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse“ (S. 86) haben die Grünen gedacht.

Und vor allem bei den klassischen Themen grüner Politik – etwa beim Umwelt- und Verbraucherschutz (S. 51-69), der Geschlechterpolitik (S. 82-86), bei den Bürgerrechten und Fragen der Demokratie (S. 87-105) – merkt man dem Wahlprogramm der Grünen wohlthuend an, das diese Politikfelder zu den Kernbereichen grüner politischer Kompetenz gehören. Hier und da ist dieses und jenes zu bekritteln – aber grundsätzlich und größtenteils kann man, nochmals: als wohlmeinender und vernünftig denkender Mensch dem nur zustimmen, was da geschrieben steht. Man lese einfach nach.

Ich möchte meine kritische Zusammenfassung der einzelnen Programmpunkte des grünen Wahlprogramms im Folgenden auf die Darstellung dessen beschränken, was meines Erachtens zu kritisieren ist – zumal sich jede knappe Zusammenfassung eines 120 Seiten langen Textes so und so auf die Wiedergabe weniger Kardinalpunkte beschränken muss. Und hier und da und immer wieder sei auf *das* Grundproblem hingewiesen, das wohlmeinende und vernünftig denkende Menschen mit den Grünen haben – dass sie leider realpolitisch oft nicht tun, was sie programmatisch ganz vernünftig, ganz schlüssig und unterstützenswert entworfen haben!

Also:

Im Kontext **arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen** erweisen sich die Grünen leider als Teil jener großen programmatischen Koalition aus CDU, SPD und sogar Linkspartei-PDS, die die Einführung irgend einer Form eines **Kombi-Lohn-Modells**, also der Zahlung von staatlichen Zuschüssen für Niedriglöhne im Privatsektor befürwortet: „Statt die Lohnnebenkosten abrupt mit dem vollen Satz einsetzen zu lassen, wollen wir sie durch Zuschüsse... langsam ansteigen lassen. Viele Jobs werden erst so für Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen überhaupt attraktiv...“ (S. 26) Lohnkostenzuschüsse für Arbeitgeber stellen nämlich einfach eine verdeckte Form von *Gewinnsubventionierung* dar – und steigende Gewinne, ja, wie sich gerade in letzter Zeit drastisch gezeigt hat, selbst astronomische Profitsteigerungen gehen ganz und gar nicht automatisch mit zusätzlichen Investitionen und Neueinstellungen einher, sondern werden oft sogar von Massenentlassungen begleitet. Auch historische Beispiele zeigen schlagend, dass staatliche Lohnkostenzuschüsse das kapitalistische Lohnkostendumping in der Regel sogar anheizen!⁷ Und obwohl ein breiter Niedrigstlohnsektor in Deutschland schon immer existiert (noch heute sind in vielen Branchen Eingangtarife von nur fünf bis sechs Euro pro Stunde weit verbreitet), hat er die Herausbildung der Massenarbeitslosigkeit keinesfalls verhindert. Kein Unternehmer stellt noch so billige Arbeitskräfte ein, wenn er die mit ihnen mögliche Ausweitung der Produktion (die am High-Tech-Produktionsstandort Deutschland zudem in der Regel hoch qualifiziertes Personal und keine unter- bis unqualifizierten Billiglöhner erfordert) nicht absetzen kann aufgrund mangelnder Nachfrage, die wiederum hochgradig Folge langjähriger Reallohnstagnation ist.

Wer möchte, dass Geringverdienende netto mehr Geld in der Tasche haben, der hebe einfach die Steuerfreigrenzen an und senke den Eingangsteuersatz. Und wer möchte, dass sich der Produktionsfaktor Arbeit relativ zu anderen Produktionsfaktoren verbilligt

⁷ Eine klassische Darstellung eines durch staatliche Lohnkostenzuschüsse induzierten Lohnkostendumpings findet sich in *Karl Polanyis* wunderbarem Buch: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Wien 1977 (Erstausgabe 1944), S. 105 ff. Polanyi verdeutlicht diesen Prozess anhand des so genannten „Speenhamland-Gesetzes“, das von 1795 bis 1834 in England galt.

(wohlgemerkt: *ohne* dass die Nettolöhne sinken), der finanziere die Sozialabgaben peu á peu und mehr und mehr aus dem allgemeinen Steuer- statt aus dem Lohnaufkommen – was die Grünen nur bezüglich der „versicherungsfremden Leistungen“ wollen (S. 26). Weil damit jedoch auch die Arbeitgeber entlastet werden würden (durch das Sinken der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung) – was wieder eine Form von Gewinnsubventionierung wäre –, sollte diese Variante begleitet sein von (mindestens) adäquaten Erhöhungen des Einkommensspitzensteuersatzes und der Unternehmenssteuersätze.

Eher als modisch-zeitgeistiges Programmgeschwätz zu bezeichnen sind auch die Feststellungen bzw. Forderungen der Grünen, dass der Arbeitsmarkt und die Wirtschaft insgesamt durch ein „Übermaß an Vorschriften und **Bürokratie**“ gekennzeichnet sind und mittels „Entbürokratisierung“ wieder flott gemacht werden müssen (S. 26); dass speziell im **Osten Deutschlands Fördermittel** „gezielter für neue Beschäftigung eingesetzt werden“ müssen und „von den Bundesländern nicht zur allgemeinen Haushaltsdeckung verwendet werden“ dürfen (S. 28); oder dass beim **Aufbau Ost** der „**Technologietransfer von Hochschulen zur regionalen Wirtschaft**“ ein „wichtiger Schlüssel“ sei (ebd.). Denn welcher Supermarkt, welcher Auto-, Handy- oder Computerhändler oder –hersteller wird denn im Osten (oder Westen) Deutschlands durch welche konkreten bürokratischen Fesseln (und nicht vielmehr durch mangelhafte Massenkaufkraft) daran gehindert, mehr zu produzieren, mehr abzusetzen und also mehr Beschäftigung zu schaffen? Und warum ist Beschäftigung, die aus dem „gezielten“ Einsatz von Fördermitteln entsteht, besser als Beschäftigung, die aus einem (unter anderem auch durch diese Fördermittel) allgemein gedeckten Haushalt finanziert wird? Und warum schließlich sollte Spitzentechnologie, die an einer Hochschule in Thüringen entwickelt wird, nur der regionalen Wirtschaft in Thüringen zugute kommen – und nur dort und nicht weltweit vermarktet werden?

Aber seien wir nicht so streng mit den Grünen – wohlfeiles antibürokratisches und zeitgeistiges Innovationsgeschwätz fern aller Einsicht in makroökonomische Zusammenhänge findet sich leider in allen aktuellen Parteiprogrammen. Denn wer wollte schon probürokratisch sein oder gar einfach behaupten, dass die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland mit Bürokratie oder Innovationsdefiziten absolut nichts zu tun hat, sondern einer über Jahrzehnte grotesk falschen Einkommensverteilungs- und Arbeitszeitpolitik geschuldet ist? Man wäre ja ein keynesianischer Spinner aus jenen spinnerten 1970er Jahren, als die Arbeitszeiten verringert wurden, Löhne und das Bruttosozialprodukt stiegen und der Sozialstaat ausgebaut wurde und es mit der Massenarbeitslosigkeit erst dann so richtig losging, als in Form der Ölpreiskrisen Massenkaufkraft in volkswirtschaftlich relevanten Dimensionen abgesaugt – und darauf, statt mit ausgleichender staatlicher Haushaltsexpansion, mit Helmut Schmidtscher Sparpolitik reagiert wurde...

Unsinn ist insofern auch, wenn die Grünen **Arbeitszeitverkürzungen „bei anteiligem Lohnverzicht“** vorschlagen (S. 30). Sie bringen hier, wie leider sehr viele in der arbeitszeitpolitischen Diskussion, zwei grundlegend verschiedene Formen von Arbeitszeitverkürzung durcheinander: Zum einen kann Arbeitszeitverkürzung einfach die Folge einer *Arbeitsumverteilung* sein, die ganz unabhängig von der Entwicklung der *Produktivität* durchgeführt werden kann – ein Vollzeitjob wird etwa in zwei Teilzeitjobs verwandelt. Letztere können selbstverständlich nicht jeweils so hoch bezahlt werden wie ersterer. Insofern ist in diesem Falle „Lohnverzicht“ ganz selbstverständlich und steht ganz außer Frage – aus halber Arbeitszeit folgt halber Lohn. Etwas ganz anderes sind

jedoch Arbeitszeitverkürzungen als (mögliche) *Folge von Produktivitätssteigerungen*⁸ – etwa in Form der historisch schrittweisen Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit von 48 bis hin zu 35 Stunden. Diese Form von Arbeitszeitverkürzung darf *keinesfalls* von Lohnverzicht begleitet sein – sonst kommt es einfach zu volkswirtschaftlichen Ausfällen von Kaufkraft, Nachfrage, Absatz, Produktion und Beschäftigung.

Fraglich ist im Weiteren, ob die Grünen recht durchdacht haben, was sie unter der Überschrift „**Zwischen Markt und Staat – Neue Jobs schaffen**“ als arbeitsmarktpolitisches Instrument anbieten: „Wir wollen verstärkt neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in **Übergangsmärkten zwischen erstem und zweitem Arbeitsmarkt**⁹ schaffen... Ein Beispiel hierfür sind bereits existierende so genannte Integrationsfirmen. Analog zu den Integrationsfirmen wollen wir die sozialen Wirtschaftsbetriebe weiterentwickeln. In sie können besonders benachteiligte Langzeitarbeitslose ihre bisherigen staatlichen Transferleistungen, wie das Arbeitslosengeld II, einbringen (!! E.S.) und erhalten im Gegenzug ein tariflich entlohntes Beschäftigungsverhältnis. Die Integrationsfirmen sind privatwirtschaftlich (!! E.S.) oder gemeinnützig organisiert.“ (S. 31) Sobald die Sache privatwirtschaftlich und damit profitorientiert organisiert wird, handelt es sich um eine weitere Form staatlicher Gewinnsubventionierung (via „Einbringen“ etwa des Arbeitslosengeldes II). Was von solchen Gewinnsubventionierungen zu halten ist, habe ich zwei Seiten weiter oben beschrieben.

Auch die Grünen meinen, wie schon angemerkt, dass aufgrund des „**demografischen Wandels**“ ein „**Umbau der Rentensysteme**“ notwendig ist (S. 39). Ich möchte hier nur wiederholen, was schon in meinen Kritiken an den Wahlprogrammen von SPD und CDU nachzulesen ist:¹⁰ Die Behauptung, die wachsende Zahl von Rentnern stelle ein Problem dar, ignoriert die Tatsachen, dass die Produktivität drei bis fünf mal schneller wächst als der Anteil der Alten an unserer Gesellschaft, dass dieser Anteil auch in den 1970er oder 1980er Jahren wuchs, ohne Rentenkürzungen ‚notwendig‘ zu machen (in den 1970er Jahren wurde der Sozialstaat sogar erst so richtig ausgebaut – bei einem Sozialprodukt, das damals weit weniger als die Hälfte des heutigen betrug!¹¹), und dass wir heute den absoluten biologischen Grenzen des Wachstums des ‚Rentnerbergs‘ weit näher sind als damals. Warum die Grünen vor diesem Tatsachenhintergrund eine „ergänzende private Vorsorge... fördern“ möchten (S. 40), ist vollends unerfindlich – wie wenn jemand, der einen Teil seiner bisherigen *gesetzlichen* Rentenkassenbeiträge zukünftig in eine *private* Rentenkasse zahlt, in der Summe weniger zahlen würde.

Als Fraktion der großen neoliberalen Allparteienkoalition erweisen sich die Grünen auch, wenn sie zeitgeistkonform und völlig unbeleckt von Kenntnissen über makroökonomische Zusammenhänge daherparlieren, dass die – vermeintlich – zu hohe **Staatsverschuldung** „Raubbau an den Chancen der jungen Generation“ sei und „wir unseren Kindern nicht völlig zerrüttete Staatsfinanzen hinterlassen“ dürften (S. 43 f.). Auch hier sei nur wiederholt, was ich schon an anderer Stelle ausführte: IMMER zahlt ein (junger oder alter) TEIL einer Generation IM HIER UND JETZT (ob das heute, morgen oder in 20 Jahren ist, ist vollkommen gleichgültig) an einen ANDEREN (jungen oder alten) Teil DERSELBEN Generation im HIER UND JETZT Schulden ab. Schulden werden

⁸ Reallohnsteigerungen im Maße des Produktivitätsfortschritts wären eine andere mögliche Folge – oder auch Kombinationen aus anteiliger Arbeitszeitverkürzung und anteiliger Reallohnsteigerung.

⁹ Alle Hervorhebungen in Zitaten stammen auch im Folgenden von mir.

¹⁰ Vgl. Fußnote 3.

¹¹ Vgl. www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/tabellen/Tab24jg.pdf

also IMMER und ohne jede Ausnahme INTRAgenerational und NIE INTERgenerational zurückgezahlt. Nachfolgende Generationen erben nicht nur unsere Schulden, sondern ALS ERBEN VON GLÄUBIGERN BEKOMMEN sie auch die andere Seite der Verschuldung, nämlich die GeldVERMÖGEN (samt Zinsen) und auch alle materiellen Güter, die mit diesen Schulden bezahlt worden sind (öffentliche Infrastruktur, Privatvermögen etc.). Ein Staat wäre erst dann überschuldet, wenn er neue Staatsanleihen auf dem Kapitalmarkt nicht mehr absetzen kann. Davon sind wir in Deutschland aber Lichtjahre entfernt. Kein anderes Wertpapier genießt derartiges Ansehen, hat eine derartige Bonität und ist derart sicher (ja sogar mündelsicher!) wie Staatsanleihen – Staatsanleihen zur Finanzierung langfristig verfügbarer staatlicher Infrastruktur und also *zugunsten künftiger Generationen*, die diese Staatsanleihen an die DANN Lebenden, also AN SICH SELBST ‚zurückzahlen‘ werden!

Es wurde schon gesagt, dass die Politikfelder **Bürgerrechte und Demokratie** zu den klassischen Themen der Grünen zählen. Insofern ist man nicht überrascht zu lesen: „In wichtigen Fragen müssen die Bürgerinnen und Bürger Europas direkt abstimmen können. Deshalb werden wir uns für einen Volksentscheid auf europäischer Ebene einsetzen.“ (S. 99) Das klingt gut. Wir haben aber auch schon feststellen müssen, dass die Grünen leider nicht immer tun, was sie sagen. So auch hier. Ihrem programmatischen Bekenntnis zu Basisdemokratie und Bürgerentscheid steht das peinliche Faktum gegenüber, dass ihr Star Joschka Fischer sich in jüngster Zeit vehement gegen eine Volksabstimmung über den europäischen Verfassungsentwurf ausgesprochen hat.

Ein fader Nachgeschmack stellt sich schließlich auch ein, wenn man das letzte Kapitel des grünen Wahlprogramms zur **Außen- und Sicherheitspolitik** liest (S. 106-120). Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999, an dem sich Deutschland, kaum war die rotgrüne Koalition 1998 an der Macht, willig beteiligte, ist ebenso noch in frischer Erinnerung wie die Zustimmung der Grünen zur ‚Verteidigung deutscher Interessen‘ am Hindukusch und grundsätzlich in aller Welt¹² oder auch zum EU-Verfassungsentwurf, der, würde er rechtsgültig werden, alle EU-Mitgliedsstaaten zu neoliberaler Wirtschaftspolitik und permanenter Aufrüstung verpflichten würde.¹³ Das alles noch im Kopfe, liest man dann, dass „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit die Maßstäbe GRÜNER Außenpolitik“ seien (S. 106), dass die „gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU... eindeutig... auf die UNO-Charta“ verpflichtet sein müsse (S. 110) oder gar, dass die Grünen eine „Verschärfung der Rüstungsexportrichtlinien und eine verbesserte Transparenz in diesem Bereich durchgesetzt“ hätten (S. 112). Wie konnte es dann nur geschehen, dass Deutschland unter Rotgrün zum viertgrößten Rüstungsexporteur der Welt aufgestiegen ist?¹⁴

¹² Wir lesen in diesem Kontext zumindest: „Die Militäreinsätze auf dem Balkan und in Afghanistan waren auch in unserer Partei sehr umstritten und sind es teilweise immer noch.“ (S. 110)

¹³ Es steht im Wahlprogramm der Grünen ausdrücklich: „Eine gemeinsame Verfassung Europas bleibt unser ausdrückliches Ziel. Daher bedauern wir das Scheitern des Ratifizierungsprozesses in den Referenden (in Frankreich und den Niederlanden; E.S.).“ (S. 117)

¹⁴ Vgl. die Zusammenfassung des SIPRI-Jahrbuchs 2005 durch eine Arbeitsgruppe der Universität Kassel: www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/export/sipri2005.html